

10 Jahre Bologna: Viel erreicht – neue Herausforderungen annehmen! Grüne Forderungen

Vor 10 Jahren einigten sich die Bildungsministerinnen und –minister aus 30 europäischen Staaten in Bologna auf die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010. Ziel des „Bologna-Prozesses“ ist es seitdem, dass Europa durch die Einführung eines gestuften Studiensystems aus Bachelor und Master mit europaweit vergleichbaren Abschlüssen, die Einführung und Verbesserung der Qualitätssicherung sowie die Steigerung der Mobilität im Hochschulbereich stärker zusammenwächst. Es sollten klar strukturierte Studiengänge unter dem Gesichtspunkt der Berufsfähigkeit und der Kompetenzorientierung entwickelt sowie die Studierbarkeit innerhalb der Regelstudienzeit erreicht werden. Bei dieser gestuften Ausbildung sollte der Bachelor der erste berufsqualifizierende Abschluss sein. Nach 10 Jahren haben die Hochschulen im Land Bremen ihre Studiengänge bis auf sehr wenige Ausnahmen auf Bachelor und Master umgestellt. Damit gehören sie zu den führenden Hochschulen in Deutschland, die deshalb auch qualifiziert zu den Erfolgen und dem Nachbesserungsbedarf in diesem Prozess Stellung beziehen können. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat auf seiner Sitzung am 4.11.09 die Hochschulen im Land Bremen sowie das Studentenwerk Bremen zu den Erfolgen und Zukunftsherausforderungen befragt.

Im Wesentlichen wurden die mit dem Bologna-Prozess verfolgten Ziele erreicht. Dennoch gibt es Nachbesserungsbedarf. Diesen Nachbesserungsbedarf sehen wir Grüne in folgenden sechs Punkten und dafür wollen wir uns einsetzen:

1. Das Studium von Prüfungen entlasten – Freiräume zum Denken schaffen!

Wir wollen, dass die enorme Prüfungsbelastung der Studierenden reduziert wird. Sie ist nicht zielführend und überfordert die Studierenden. Die starke Verschulung möchten wir verringern. Wir wollen das selbstständige Lernen wieder mehr fördern, denn zur individuellen wissenschaftlichen Entwicklung gehören auch Freiräume. Deshalb wollen wir, dass die Wahlmöglichkeiten ausgeweitet werden und das Studium flexibler wird.

2. Lehrpläne entschlacken und den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen

Die Ausbildung an den Hochschulen muss sich an sich verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen orientieren und daran ihre Lehrinhalte ausrichten. Bei der Umstellung auf Bachelor und Master wurden viele Studienfächer überfrachtet. Hier sollten die Inhalte daraufhin kritisch durchleuchtet werden, ob sie tatsächlich in dieser Fachtiefe notwendig sind. Gleichzeitig sollte in den Lehrplänen Platz sein für geschlechtsspezifische Zugänge zu Wissenschaftsfragen, Fragen der nachhaltigen Entwicklung, um Zukunftsherausforderungen antizipieren zu können, sowie Fragen im Umgang mit Heterogenität. Diese Fragen sollten bei der Akkreditierung und Reakkreditierung der Studiengänge eine wesentliche Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist auch zu entscheiden, ob das Bachelor/Master-Modell 6+4 oder 7+3 für den Kompetenzerwerb

und die wissenschaftliche Bildung am geeignetsten ist. Dabei sollte miteinbezogen werden, dass deutlich mehr Studierende nach dem Bachelor die Hochschulen verlassen, als zunächst erwartet wurde.

3. Bremen in der Welt – die Welt in Bremen

Möglichkeiten zum Auslandsstudium verbessern!

Wir wollen die Chancen für die nationale und internationale Mobilität der Studierenden erhöhen. Studierende, bei denen ein Auslandssemester im Studium festgelegt ist, haben gute Chancen, im Ausland Erfahrungen zu sammeln. Für alle anderen Studierenden gibt es wegen der großen Verschulung dafür kaum noch Freiräume. Meist wird dann die Phase zwischen Bachelor und Master genutzt. Davon haben aber die vielen Studierenden nichts, die nach dem Bachelor die Hochschule verlassen. Wir wollen, dass in mehr Studienfächern ein Auslandssemester verankert wird und die Studierenden bei der Suche einer ausländischen Hochschule angemessen unterstützt werden. Dazu sollten auch Konzepte entwickelt werden, die Studierenden mit Mobilitätshemmnissen ein Auslandsstudium erleichtern, wie z. B. bei Studierenden mit Kindern, Studierenden, die Angehörige pflegen, oder behinderten Studierenden. Gleichzeitig sind die vielen ausländischen Studierenden an unseren Hochschulen eine enorme Bereicherung für uns im internationalen Austausch.

4. Lebenslanges Lernen –

Umgang mit unterschiedlichen Biographien – Übergänge flexibler gestalten

Heute sind Bildungs- und Lebensbiographien heterogener als in der Vergangenheit. Der fast ausschließliche Zugang über das Abitur oder die Hochschulausrichtung für die Zielgruppe der 20- bis 30-Jährigen verhindert universitäre Bildungschancen für viele Menschen. Im neuen Hochschulgesetz werden wir den Zugang zum Studium ohne Abitur erheblich erleichtern. Dennoch wird es eine Herausforderung für die Hochschule sein, sich der Aufgabe „Bildung für heterogene Zielgruppen“ zu stellen. Die Entwicklung dualer Studiengänge, berufsbegleitender Studiengänge und auch des Teilzeitstudiums wird eine wesentliche Herausforderung sein, der wir uns stellen wollen. Die Möglichkeiten für Quereinsteiger müssen verbessert werden, und der Zugang zum Studium im Lebensverlauf für Zielgruppen unterschiedlicher Bildungsbiographien muss optimiert werden. Studierende bringen die unterschiedlichsten Kompetenzen mit, diese „Schätze“ müssen gehoben werden, davon profitieren am Ende Studierende, Hochschulen und Gesellschaft gleichermaßen. Die modulare Studienstruktur ist eine gute Voraussetzung dafür.

5. Akzeptanz für die neuen Abschlüsse in der Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor erhöhen

Bachelor- und Masterabschlüsse werden in der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor immer mehr anerkannt. Dennoch gibt es noch Informationsdefizite und – je nach studiertem Fach – auch noch Akzeptanzprobleme. Hier dürfen die Anstrengungen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nachlassen, um den Studierenden den Übergang in den Beruf zu erleichtern.

6. Soziale Sicherung dem Bologna-Prozess anpassen – Studienfinanzierung auf solide Grundlage stellen

Wir wollen, dass Bremen sich auf Bundesebene dafür einsetzt, die soziale Sicherung der Studierenden existenzsichernd weiter zu entwickeln. Es darf nicht sein, dass Studierwillige aus Elternhäusern, die keine ausreichende ökonomische Grundlage haben, aus dem Studium gedrängt werden. Gegenwärtig müssen über 60% der Studierenden ihr Studium mindestens zu einem erheblichen Teil selbst finanzieren. Durch den hohen Grad der Verschulung, die hohe Präsenz- und Leistungsdichte haben sie dazu keine Chance mehr. Dies drängt viele junge Menschen aus dem Studium, insbesondere jene, die nicht auf ein Elternhaus mit entsprechender ökonomischer Ausstattung zurückgreifen können. Das sozial ungerechte Bildungssystem wird dadurch noch um einiges ungerechter. Deshalb wird es höchste Zeit, die Studienfinanzierung auf eine solide Grundlage zu stellen.